

## Lieber Leser,

es war vorauszusehen:

Die Studenten wollen wieder demonstrieren.

Ende April, Anfang Mai, im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen also, hoffen die Demonstrierenden auf besondere Beachtung.

Unterstützt und geschürt von den Oppositionsparteien im Düsseldorfer Landtag gibt es hier und da in Nordrhein-Westfalen Schüler- und Studentendemonstrationen, die tatsächliche oder vermeintliche Fehlentwicklungen der letzten Jahre anprangern sollen.

Die Demonstranten wenden sich unter anderem gegen die in NRW seit einigen Jahren an der weitaus überwiegenden Zahl von Hochschulen eingeführten Studiengebühren. Sie unterstützen damit die Wahlparolen von SPD, Grünen und Linkspartei, die Studiengebühren bei einem Wahlsieg abschaffen wollen. Die Demonstranten übersehen aber oder wollen nicht sehen, daß diese seit ihrer Einführung eindeutig zu einer Verbesserung der Studienbedingungen geführt haben.



**Dr. Winfried Holzapfel** ist einer der Vorsitzenden des BFW

Nach Aussagen des Kanzlers der Ruhr-Universität Bochum (in der Rheinischen Post vom 19. April) könnte die Abschaffung der Studiengebühren zahlreiche Arbeitsplätze gefährden, die beispielsweise in Bibliotheken oder für Sprachkurse sowie für eine Reihe von Tutoren geschaffen worden seien. Die Universität Bochum könne mit etwa 20 Millionen Euro jährlich aus Studiengebühren rechnen, die zur Verbesserung der Lehre eingesetzt würden.

So macht sich also die Einführung von Studiengebühren bezahlt, über deren Einführung und Höhe im übrigen die einzelne Hochschule selbst entscheidet und nicht etwa die Politik. Das Gesetz erlaubt nur die Erhebung von Studiengebühren, es schreibt sie nicht vor und setzt sogar eine Höchstgrenze (500 Euro) fest. Außerdem ist für Sozialverträglichkeit bei der Aufnahme von Krediten und deren Rückzahlung, die gegebenenfalls eine Verrechnung mit der Bafög-Unterstützung vorsieht, gesorgt. Verbesserung verdiente allerdings noch das Stipendienwesen.

Ferner protestieren die Demonstranten gegen die starre Bachelor-/Masterstruktur der Studiengänge im Gefolge des Bolognaprozesses.

Die Rigidität, mit der durch die Umsetzung des Bolognaprozesses das Studium verschult worden ist, schnürt anscheinend die akademische Freiheit so ein, daß sich die Bedrängten von Zeit zu Zeit eruptiv Luft verschaffen müssen. Es kann ja auch nicht sein, daß die europäische

Idee der Freiheit ausgerechnet an den Universitäten, den Stätten des Geistes und der Freiheit von Forschung und Lehre, zu Grabe getragen wird.

**Das darf man nicht wollen. Das darf man auch nicht hinnehmen. Der dagegen gerichtete Protest verdient breite Unterstützung.**

Wenn richtig ist, was das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zu den Studiengebühren im Jahre 2005 gesagt hat, daß nämlich durch die Einführung von Studiengebühren „eine wertbewußte Inanspruchnahme der Ausbildungsleistung gefördert werden“ kann, dann muß alle Sorge der Ermöglichung eines Studiums gelten, das diesen Namen auch verdient und einer „wertbewußten Inanspruchnahme“ würdig ist.

Das kann man dadurch erreichen, daß Ausbildungsnotwendigkeiten und akademische Freiheit so ins Verhältnis gebracht werden, daß im Zweifel für die akademische Freiheit entschieden wird, jedenfalls an den Universitäten; denn die akademische Freiheit ist seit jeher das, was die Muttermilch der „alma mater“ würzt, und so sollte es auch wieder werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

*Winfried Holzapfel*

Sehen Sie hier einen Videoclip zum Thema Schulsystem:  
<http://www.youtube.com/watch?v=h3ydPJnb77g>

### **Wir sind interessiert am Gedankenaustausch mit Ihnen.**

Wir bitten Sie, für den schriftlichen Kontakt mit uns die **neue zentrale Postanschrift** zu nutzen:  
**An den**

**Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.**  
**Postfach 080 517**  
**10005 Berlin**

Die anderen Kontaktmöglichkeiten sind:

Telefon (030) 204 547 04

Telefax (030) 204 547 06

e-mail: [bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de](mailto:bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de)

Website: <http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>, (siehe unter „Kontakt“)

Unser Beitrags- und Spendenkonto:

Deutsche Bank AG, Bonn  
BLZ 380 700 24 Kto. 0233858

Auf unserer Website finden Sie weiterhin die Hinweise, wie Sie die Vorsitzenden oder Ansprechpartner des BFW in Ihrer Region direkt erreichen können (siehe unter „Kontakt“).